

## Konjunktureller Aufschwung läßt auf sich warten

Thailand hat Fortschritte erzielt bei der Stabilisierung des Baht, dem Aufbau ausländischer Reserven und dem Vertrauensgewinn durch die Investoren. Die Wirtschaft befindet sich jedoch nach wie vor in einer tiefen Rezession. Am ersten Jahrestag des Währungszusammenbruchs mußte Premierminister Chuan Leekpai eingestehen, daß es noch einige Zeit dauern werde, bis die Krise überwunden sei. Mit der Strukturreform im Banken- und Finanzsektor wurde kürzlich eine Wurzel des Problems angepackt. Es käme nun darauf an, die Strukturreform fortzusetzen, den Staatshaushalt zu stabilisieren, die Inflation zu verrin-

gern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Eine neue Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) sieht die thailändische Wirtschaft 1998 um sieben Prozent schrumpfen. Auch die Exportentwicklung – Thailands Hoffnungsschimmer – blieb in diesem Jahr trotz der Abwertung des Baht um knapp 40 Prozent hinter den Erwartungen zurück. Schuld daran ist vor allem die sinkende Nachfrage innerhalb der asiatischen Region. Die Krise in Japan und die Finanzprobleme der Nachbarländer tragen wenig zur Konsolidierung der thailändischen Wirtschaft bei. Das Handelsministerium teilte unterdessen

mit, daß die Inflation im Juni auf 10,7 Prozent gestiegen sei. Problematisch für die Bevölkerung ist, daß ausgerechnet Lebensmittel (Reis, Gemüse und Früchte) die Liste der am meisten verteuerten Waren anführen.

Für das Haushaltsjahr 1999, welches im Oktober beginnt, hat die Regierung ein Budget von 825 Milliarden Baht (rund 36 Mrd. DM) oder 14,8 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) veranschlagt. Das Haushaltsdefizit liegt gemäß Vereinbarung mit dem IWF bei drei Prozent des BSP. Während der Verabschiedung des Haushalts demonstrierten einige tausend Bauern vor dem Parlament.

## Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau

Das Königreich ist derzeit von der höchsten Arbeitslosigkeit betroffen, die jemals in Thailand in Erscheinung getreten ist. Eine Umfrage des National Statistical Office im Mai 1998 zählte 1,6 Millionen Thais ohne Arbeit. Hinzu kamen zwei Millionen Arbeitsmigranten, die ihre ländliche Heimat wegen der Trockenperiode verließen, um in den Städten nach Arbeit zu suchen. Laut Arbeitsexperte Bundit Tha-

nachaisethavut von der gewerkschaftsnahen Stiftung Arom Pongpangun mußten in den letzten sechs Monaten rund 6.000 Unternehmen ihren Betrieb einstellen, wodurch 300.000 Arbeiter ihre Beschäftigung verloren. Inzwischen nähert sich die Zahl der Arbeitslosen der Zwei-Millionen-Marke.

Die Arbeitslosenrate stieg von 4,6 Prozent im Februar auf 5,0 Prozent im Mai 1998. Pro-

fessor Lae Dilokvidhyarat von der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Chulalongkorn Universität prognostiziert einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit wegen finanziellem Mismanagement und der Privatisierung von Staatsbetrieben (Thai Airways, Electricity Generating Authority of Thailand, Petroleum Authority of Thailand, Telephone Organisation of Thailand). Sie wirft dem

# nachrichten

Der Regierung von Chuan Leekpai wird vorgeworfen, sie konzentrierte sich zu sehr auf makroökonomische Eingriffe und die Reform des Banken- und Finanzsystems, während der ländliche Sektor vernachlässigt werde.

vgl. *BP The Week in Review*, 21.-27.6., 28.6.-4.7., 16.-22.8.1998; *BP Online*, 17.8.1998, 25.8.1998.

IWF und dem thailändischen Arbeitsministerium vor, keine Konzepte gegen die steigende Arbeitslosigkeit zu haben. Von entlassenen Arbeitnehmern werde erwartet, daß sie in den Agrarsektor zurückkehren, obwohl dieser von der Regierung seit langem vernachlässigt wird und viele Bangkokianer zur ländlichen Gemeinschaft gar keinen Zugang mehr haben.

vgl. *BP Online*, 19.8.1998

## Finanzreform verabschiedet

Der thailändische Finanzminister, Tarrin Nimmanhaeminda, verkündete am 14. August ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stärkung des krisengeplagten Bankensystems, das inzwischen von König Bhumibol und dem Parlament abgesegnet wurde. Das Paket schließt finanzielle Hilfen in Höhe von 300 Milliarden thailändischen Baht (umgerechnet rund 13 Mrd. DM), die Verschmelzung von staatlich kontrollierten Geschäftsbanken und die Fusion von sieben privaten Finanzinstitutionen ein. Die bereitgestellten Mittel sollen zur Erhöhung des Grundkapitals und zum Kauf von nachrangigen Schulden von angeschlagenen Banken verwendet werden. Finanziert wird die Maßnahme durch die Ausgabe von Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit. Das Tarrin-Paket soll

den Finanzsektor für in- und ausländische Investoren attraktiver machen und die Kreditvergabe wieder in Schwung bringen. Die Regierung erhofft sich durch die Maßnahme eine Wiederbelebung der Wirtschaft zum ersten Quartal 1999.

Im Rahmen des Pakets werden die Bangkok Bank of Commerce und die First Bangkok City Bank aufgelöst und ihre Vermögen, Einlagen und Verbindlichkeiten der staatseigenen Krung Thai Bank zugeschrieben. Durch die Fusion werden annähernd 4.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Die Krung Thai Bank wird durch die Übernahme der beiden Staatsbanken zur größten Geschäftsbank Thailands aufsteigen. Die Siam City Bank und die Bangkok Metropolitan Bank, zwei weitere kränkelnde Staatsbanken, möchte die Regierung re-

kapitalisieren, bevor ihre Anteile auf dem internationalen Kapitalmarkt angeboten werden. Die Bank of Thailand (Zentralbank) verkündete außerdem die baldige Übernahme der Laem Thong Bank durch die Radhanasin Bank sowie die Verschmelzung der Union Bank und fünf kleinerer Finanzinstitutionen mit der Krungthai Thanakit Finance and Securities. Die Konsolidierungen und Zusammenschlüsse im Finanzsektor könnten einen Verlust von bis zu 25.000 Arbeitsplätzen zur Folge haben.

Das Maßnahmenbündel stieß in der Öffentlichkeit und im Privatsektor auf breite Zustimmung. Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Asian Development Bank bezeichneten das Reformpaket als einen wichtigen Schritt zur Stärkung des Ver-

trauens ausländischer Finanziers in die Zukunft des Landes. Es wurde begrüßt, daß die Anteilseigner der schlecht geführten Banken für den Schaden verantwortlich gemacht werden – und nicht die Steuerzahler! Einige Kritiker äußerten sich dennoch besorgt über die Höhe der materiellen und sozialen Kosten des Pakets. Vertreter der betroffenen Banken und Finanzunternehmen forderten bereits staatliche Hilfen für entlassene Arbeitnehmer. Analysten fragten sich außerdem, warum andere kapital-schwache Banken wie die Siam Commercial Bank, die Thai Military Bank oder die Bank of Ayudhya, die allesamt enge Verbindungen zur Politik pflegen, von dem Paket ausgeschlossen wurden.

vgl. *BP Online*, 14., 15.8.1998, *BP The Week in Review*, 16.-22.8.1998

# nachrichten

## Neues Ausländer- wirtschaftsrecht

Thailand hat seine restriktiven Gesetze gegenüber ausländischen Investoren gelockert und erlaubt künftig in 33 weiteren Wirtschaftszweigen bis zu 100prozentige Beteiligungen von Ausländern. Das thailändische Kabinett verabschiedete am 18. August 1998 ein neues *Foreign Business Law* (früher: *Alien Business Law*). Wirtschaftliche Aktivitäten, die von nun an auch Ausländern gestattet sind, beinhalten: Die Herstellung von Alkohol und alkoholfreien Getränken, Eis, Kleidern, Textilien, Schuhen, Glaswaren, Schreibwaren, Zement und Fertigprodukten sowie Lebensmitteln. Ferner ist es für Ausländer künftig gestattet, sich in folgenden Dienstleistungsbereichen zu betätigen: Haar- oder Schönheitsstudios, Unterhaltungsindustrie, Fotografie, Auktionen, Reinigungen, Schneidereien, Groß- und Einzelhandel und der Verpflegungsindustrie.

Darüber hinaus stehen die Viehzucht, die Fischerei, der Handel mit Erzen und Nutzhölzern sowie die Zuckerverarbeitung offen für ausländische Investoren. Einschränkungen gibt es für ökonomische Betätigungen, die die nationale Sicherheit betreffen oder Auswirkungen auf die Kultur, die traditionellen Handarbeiten, die natürlichen Ressourcen oder die Umwelt haben. Thailändische Staatsbürger müssen in diesen Branchen mindestens 40 Prozent der Anteile besitzen und im Direktorium vertreten sein.

vgl. BP Online, 19.8.1998

## Neues Arbeitsschutzgesetz verabschiedet

Das seit zwei Jahren diskutierte Arbeitsschutzgesetz ist am 19. August 1998 in Kraft getreten. Das neue Labour Protection Law verspricht einen besseren Schutz für arbeitende Kinder und Frauen, verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren, läßt Nacharbeit und Überstunden von minderjährigen Kindern unter 18 Jahren nicht mehr zu und reduziert die Arbeitszeit von Arbeitnehmern auf maximal acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich. Das Gesetz regelt außerdem den Unfallschutz und den Urlaubsan-

spruch und sieht höhere Abfindungen bei Entlassungen sowie die Auszahlung von Überstunden vor.

Arbeitgeber und ausländische Investoren drängten bis zuletzt auf eine Verschiebung bzw. Änderung des Gesetzes. Sie behaupteten, das Gesetz gebe Arbeitern zu viel Schutz und kündigten Entlassungen vor Inkrafttreten des Gesetzes an. Arbeitsminister Trairong Suwannakhiri und die Gewerkschaften drängten jedoch auf eine planmäßige Einführung und hielten selbst dem Druck einzelner Unternehmer stand,

die für ihre Industrien eine Befreiungsklausel erreichen wollten. So richteten z.B. die Petroleum- und die Petrochemische-Industrie Appelle an den Minister und seinen Staatssekretär, von dem neuen Gesetz ausgenommen zu werden. Es handelt sich hier um gesundheitsgefährdende »Hochrisiko-Industrien«, in denen Arbeiter künftig nicht mehr als sieben Stunden arbeiten dürfen.

vgl. BP The Week in Review, 14.-20.6., 9.-15.8.1998; BP Online, 19.8.1998

## Vorsichtiger Optimismus

In ihrem neuesten Rechenschaftsbericht gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zeichnet die thailändische Regierung ein vorsichtig optimistisches Bild von der konjunkturellen Entwicklung. Es wird prognostiziert, daß die Rezession Ende 1998 ihre Talsohle erreicht haben und das Land 1999 wieder zu moderatem Wachstum zurückkehren wird. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte im Jahresdurchschnitt 1998 zehn Prozent betragen und läge damit leicht unter den Vorhersagen. Die fünfte Absichtserklärung, die eine weitere Zahlung aus dem 17,2 Mrd. US-Dollar-Kredit des IWF zur Folge hat, wurde Ende August vom Kabinett abgesegnet.

Die Reform des Finanzsektors und die Umstrukturierung der Unternehmensschulden sind die Kernpunkte der jüngsten Vereinbarung mit dem IWF. Außerdem wurden 12 Mrd. Baht (0,5 Mrd. DM) an zusätzlichen Ausgaben für ein soziales Investitionsprogramm und den Ausbau der Sozialversicherung (Einführung einer Altersversicherung sowie Kindergeld für versicherte Arbeitnehmer zum Ende des Jahres) gebilligt. Thailand festigt damit seinen Kurs, der schweren Rezession mit einem prophezeiten Wachstumseinbruch von sieben Prozent in diesem Jahr mit einer expansiven Fiskalpolitik (strukturelle Maßnahmen, zusätzliche Staatsausgaben, Zinssenkungen) zu begegnen.

Unterdessen wird Kritik am Unterstützungspaket des IWF laut. Es habe zu wenig Rücksicht auf die sozialen Auswirkungen der Maßnahmen genommen, Massenarbeitslosigkeit erzeugt und den Agrarbereich vollständig ignoriert. Somkiart Ponpaiboon, Anführer der kleinbäuerlichen Gemeinschaft des Nordostens, einem Zusammenschluß von 200 landlosen Bauern, beklagte sich, daß das IWF-Paket nur auf eine Reform des Finanzsektors abziele. Es habe versagt, Not und Elend im ländlichen Bereich zu reduzieren.

vgl. BP Online, 17., 25., 26.8.1998, Handelsblatt, 26.8.1998, S.11.

## Beiträge zur Sozialversicherung halbiert

Unter dem Druck leerer Staatskassen hat die Regierung am 4. August 1998 trotz Drohungen von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern eine Änderung zum Sozialversicherungsgesetz beschlossen. Demnach wird die Regierung künftig nur noch die Hälfte ihrer Beiträge zur Sozialversicherung entrichten. Seit Einführung der Krankenversicherung für Erwerbstätige in privaten Wirtschaftsbetrieben 1991 wurden die Beiträge zu gleichen Teilen von Arbeitgebern,

Arbeitnehmern und der Regierung erbracht. Bereits zu Beginn des Jahres hatte die Regierung eine Reduzierung der Beitragszahlungen von 1,5 auf 1,0 Prozent des Arbeitnehmerlohnes beschlossen. Um weiteren Belastungen im Zuge der geplanten Rentenversicherung und der Einführung von Kindergeld für Sozialversicherungsmitglieder im Dezember 1998 aus dem Wege zu gehen, entschied man sich nun für eine Halbierung der Regierungsbeiträge zur Sozialversiche-

rung. Die Ausdehnung des Versicherungsfonds auf Kinder und ältere Menschen zum Ende des Jahres würde die Beiträge für jede finanzierende Partei von einem auf vier Prozentpunkte erhöhen. Führende Arbeitnehmervertreter reagierten verärgert auf den einseitigen Beschluß des Kabinetts und kündigten eine großangelegte Demonstration an.

vgl. BP Online, 5.8.1998, eigene Quellen

## **Umbildung des Kabinetts wegen Korruptionsskandal?**

Premierminister Chuan Lik-phai kündigte am 29. August an, er werde eine Kabinetts-umbildung durchführen, falls Mitglieder der Regierungskoalition an einem Skandal um den Kauf von medizinischem Material beteiligt sind. Mehrere Direktoren von Provinzkrankenhäusern hatten sich in den Medien beschwert, daß sie von Personen des Gesundheitsministeriums Instruktionen zum Kauf bei bestimmten Anbietern erhalten haben, obwohl deren Preise überhöht waren. Chuan sagte, er werde derartige Vor-

fälle in den eigenen Reihen nicht um der Stabilität der Koalition willen tolerieren.

In einem anderen Skandal wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Ausschreibung eines Telefonprojekts soll der Kommunikationsminister Suthep Thueksaban verantwortlich sein. Die Vorwürfe gegen das Mitglied der Democrat Party haben zu Unruhe innerhalb der Partei zwischen Kritikern und Verteidigern des Ministers geführt.

vgl. BP Online, 30.8.1998; BP The Week in Review, 5.-11.7.1998

## **Stopp von neuen »Entwicklungsfonds«**

Mehrere Senatoren kündigten an, eine strenge Kontrolle des Staatsbudgets durchzuführen, um eine versteckte Wiedereinführung der »Entwicklungsfonds« für Parlamentsabgeordnete zu verhindern. Diese Fonds hatten den Abgeordneten dazu gedient, werbeträchtige Projekte in ihren Wahlkreisen zu finanzieren und so die Chancen auf eine Wiederwahl zu verbessern. Die neue Verfassung verbietet diese Fonds und legt fest, daß die Parlamentarier Ausgaben lediglich überwachen, nicht jedoch selber tätigen dürfen. Die Stellungnahme der Senatoren erfolgte, nachdem Informationen bekannt wurden, daß eine Umgehung des Verbots geplant sei, indem »überschüssige« Haushaltsmittel an bestimmte staatliche Behörden zum späteren Abruf durch Parlamentarier überwiesen würden.

vgl. BP Online, 30.8.1998

# nachrichten

## **Thaksin gründet neue Partei**

Der ehemalige Star der Phalang Dhamma-Partei, Thaksin Shinawatra, hat eine neue politische Partei gegründet: »Thai rak Thai«. Die einzige Abgeordnete der Phalang Dhamma-Partei im Parlament, Sudarat Keyuraphan, hat angekündigt, daß sie sich der neuen Partei anschließen werde. Parteiführer Thaksin erklärte bei der Gründungsveranstaltung, er könne die thailändische Wirtschaft wieder zum Leben erwecken, wenn er zum Premierminister gewählt werde.

vgl. BP online The Week in Review, 31.5.-6.6.1998, 12.7.-18.7.1998

## **Keine Vergebung für »Dissidenten« der Prachakorn Thai-Partei**

Der Führer der Prachakorn Thai-Partei, Samak Sundaravej, hat Berichten widersprochen, nach denen er bereit sei, den 12 Dissidenten in den eigenen Reihen zu verzeihen, wenn diese sich aus der Regierungskoalition zurückziehen. Die Gruppe der 12 Parlamentsabgeordneten um Vatanya Asavahame hatte sich gegen den Willen des Parteiführers der Regierungskoalition um Premierminister Chuan angeschlossen. Seitdem läßt Samak nichts unversucht, um sich an den von ihm als »Kobras« bezeichneten Abge-

ordneten zu rächen. Um genügend Stimmen für einen Parteiausschluß zu sammeln, wurden nachträglich 21 Personen in Führungsgremien der Partei ernannt. Diese nachträgliche Ernennung wurde vom Verfassungsgericht entgegen eines vorherigen Urteils des Zivilgerichts als rechtmäßig erkannt. Die 12 Dissidenten unternehmen jedoch weitere rechtliche Schritte, um den Parteiausschluß, der einen Verlust des Abgeordnetenmandats zur Folge haben könnte, zu verhindern.

vgl. BP Online, 2., 28.8.98, BP Week in Review, 12., 18.7.1998

## **Sulak verklagt Premierminister wegen Pipelineprojekt**

Der Sozialaktivist Sulak Sivaraksa will den gegenwärtigen Premierminister Chuan Likphai sowie die Ex-Premierminister Chavalit Yongchaiyudh und Banharn Silpa-archa im Zusammenhang mit dem Bau der umstrittenen Yadana-Gaspipeline von Myanmar nach Thailand verklagen. Er beschuldigt sie sowie die Petroleum Authority of Thailand, falsche Infor-

mationen über das Projekt zu verbreiten und mit einem unvollständigen Umweltverträglichkeitsbericht gegen das Umweltgesetz verstoßen zu haben. Gegen Sulak steht ein Verfahren wegen eines Sit-ins im März dieses Jahres in Kanchanaburi zur Behinderung der Bauarbeiten aus.

vgl. BP Online 2.8.1998

## **Forum der Armen bricht Gespräche mit Regierung ab**

Das Forum der Armen (Forum of the Poor) hat alle Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen. Die Entscheidung wurde auf einem Treffen des Zusammenschlusses von Nichtregierungsorganisationen am 23. August gefällt. Der Regierung habe kein ernsthaftes Interesse, die Probleme der armen Landbevölkerung zu lösen. Suriyan Thongnuied, ein Berater des Forums, sagte, von den insgesamt 109 Problemen die der Regierung vorgetragen worden sind, wur-

den lediglich sechs gelöst, fünf davon unter der vorigen Regierung. Zur Zeit seien keine Massendemonstrationen zu erwarten, da die meisten Bauern auf ihre Felder zurückgekehrt sind, um die landwirtschaftliche Arbeit zu verrichten. Er warnte jedoch, daß sie nach der Regenzeit zu längeren Demonstrationen nach Bangkok zurückkehren werden. Die Regierung bedauerte den Abbruch der Gespräche mit dem Forum.

vgl. BP Online 24.8.1998

## **Potenzpille Viagra eingeführt**

Thailand hat als erstes asiatisches Land die ärztliche Behandlung männlicher Impotenz mit der »Wunderdroge« Viagra zugelassen. Die Nationale Arzneimittelkommission genehmigte den verschreibungspflichtigen Kauf von Viagra unter strengen ärztlichen Auflagen. Ein Patient, der sich in urologischer, kardiologischer, psychologischer oder neuro-

logischer Behandlung befindet, kann sich Viagra zum Preis von 350 Baht (über 15 DM) pro Pille verschreiben lassen, wenn vier Ärzte aus verschiedenen Fachabteilungen alle der Meinung sind, er brauche die Pille. Auf dem blühenden Schwarzmarkt kostet die »blaue Pille« ungefähr 1.300 thailändische Baht — also fast das Vierfache.

vgl. BP Online, 19.8.1998